

UNSERE WOCHE IM LANDTAG



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage hat mich diese Woche regelrecht sprachlos gemacht: Demnach sind 15% der befragten Deutschen überzeugt, dass es das COVID19-Virus gar nicht gibt!

Nun saß ich selbst vor knapp zwei Wochen ein paar Stunden mit jemandem im Auto, bei dem direkt nach unserer gemeinsamen Fahrt das Virus im Körper nachgewiesen wurde. So hatte ich die letzten zehn Tage Gelegenheit, mitzuerleben, dass nicht nur die Menschen in den Kliniken, Pflegeheimen und Krisenstäben, sondern auch in den Gesundheitsämtern mit bewundernswertem Einsatz bis an ihre Belastungsgrenze arbeiten und oft weit darüber hinaus (so mancher Politiker übrigens auch).

Erstaunt hat mich in diesen Tagen nicht nur, dass sich der Arbeitsum-

fang in Quarantäne aufgrund des Trends zu Videokonferenzen und Mail-Flut im Homeoffice kaum von den Wochen davor unterschied, sondern auch, wie viele Mitbürger sich an mich wenden, die mir erklären wollen, dass wir gerade auf eine Diktatur zusteuern. Irgendwo müssen diese 15% ja herkommen...

Aber woher? Wie können ansonsten durchaus informierte Menschen auf die Idee kommen, dass hier gerade im Zusammenspiel von Multimilliardären, Wissenschaftlern, internationalen Organisationen, ansonsten eher uneinigten Staaten und etablierten Medien ein Schmierentheater aufgeführt werde, um die Weltherrschaft an sich (ja, an wen eigentlich?) zu reißen?

Es reicht leider nicht mehr, darüber den Kopf zu schütteln. Es reicht aber auch nicht mehr, mit möglichst griffigen und einfachen Formeln immer strengere Maßnahmen zu begründen.

Denn auch unter den übrigen 85% unserer Bevölkerung wächst die Zahl derer, die an der Wirksamkeit solch pauschaler Lösungen zweifeln.

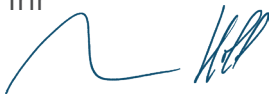
Der erste Reflex darauf war: »Wir müssen die Notwendigkeit der Maßnahmen besser erklären.« Aber das tun Politik und Medien nun wirklich seit einem Dreivierteljahr ganz intensiv. Allerdings haben die Menschen gelernt, dass der Spruch »viel hilft viel« nur selten stimmt. Viel vom Falschen hilft eben nicht. Daher fällt es der Politik nach einem Lockdown light schwer zu erklären, warum sich daran direkt ein harter Lockdown anschließt.

Wir können nicht ignorieren, dass an Kliniken die Intensivbetten knapp werden und täglich hunderte Menschen an diesem Virus sterben. Um zu verhindern, dass diese Schicksale exponentiell ansteigen, sind jetzt drastische Maßnahmen über die Feiertage natürlich nicht falsch.

Wir müssen diese Zeit aber für eine beherzte Qualitätsdebatte aller Maßnahmen nutzen. Wenn mir Leiter von Gesundheitsbehörden sagen, die Infektionszahlen bei Schülern seien in den Ferien höher als im Präsenzunterricht, wenn Fachleute nicht den Einzelhandel und die Gastronomie als das Problem sehen, sondern die Ausweichtätigkeiten wie Garagenparties und die Warteschlange vor der Dönerbude und wenn nach wie vor ein traurig hoher Anteil der Toten in Pflegeheimen zu beklagen sind, dann müssen wir Antworten auf folgende Fragen finden: Wo sind denn die wirklichen Infektionstreiber? Wen müssen wir am dringendsten schützen – und vor allem wie? Darauf warten die 85% unserer Mitbürger.

Einen schönen Sonntag und eine gesunde Woche wünscht

Ihr



Alexander Hold, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags

Was meine Kolleginnen und Kollegen diese Woche auf den Weg brachten, während ich in Quarantäne saß.

RÜCKBLICK

Corona zeigt uns deutlich: Während manche nur von Verantwortung für künftige Generationen reden, schaffen wir mit dem **Haushaltsplan 2021** bereits die Voraussetzungen. Er folgt dabei – wie von unserer FREIE WÄHLER-Fraktion gefordert – drei maßgeblichen Zielen: **Die Spitzenposition des Freistaats auf dem Gebiet von Wirtschaft und Wissenschaft weiter zu festigen, Krisenresilienz zu stärken und gewachsene Strukturen zu erhalten.** Was unsere Eltern und Großeltern geschaffen haben, unterstützen wir auch weiterhin durch gezielte Investitionen in Ehrenamt, Vereine, Sport und Kultur. Ein Herzstück dieses Haushalts ist die Hightech-Agenda: Wir werden hier auf Grundlage einer starken Wirtschaft und unserer Spitzenstellung in Forschung und Entwicklung zur Lösung von Zukunftsfragen der Menschheit beitragen. Nicht Verbot und Verzicht, sondern weltweit einsetzbarer technologischer Fortschritt ist unsere Antwort auf globale Herausforderungen.

Auch auf die aktuellen Herausforderungen versuchen wir Antworten zu finden: Die jetzt gefällten Entscheidungen

für eine **Verschärfung der Schutzmaßnahmen** haben wir uns nicht leicht gemacht und in der Koalition nächtelang um die beste Lösung gerungen. Hinsichtlich der konkreten Maßnahmen konnten wir eine gute Balance für den Betrieb an Bayerns Schulen erreichen, sodass wesentliche Teile unserer Wirtschaft handlungsfähig bleiben. Durch die Ausrufung des Katastrophenfalls sichern wir zudem die Handlungsfähigkeit von Staatsregierung und Kommunen. Unser übergeordnetes Ziel ist es, Bayern in die Lage zu versetzen, ab dem 11. Januar 2021 kontrollierte Schritte in Richtung Normalität und Freiheit gehen zu können. Doch nur wenn wir jetzt zusammenstehen und uns solidarisch miteinander verhalten, haben wir eine realistische Chance, dieses Ziel zu erreichen. Das sind wir unseren Mitmenschen, der Wirtschaft und der hart getroffenen Gastronomie sowie der Kulturwirtschaft im Freistaat schuldig. Die Zeit dieser massiven Einschränkungen sollten wir zudem nutzen, um bereits **jetzt einen Bayernplan für den Exit aus dem Lockdown festzulegen**, der eine wissenschaftlich fundierte Strategie für die Rückkehr zur Normalität beinhaltet. Deshalb haben wir einen Dringlichkeitsantrag ins Plenum des Bayerischen Landtags eingebracht, um die Maßnahmen der Staatsregierung nach Kräften zu unterstützen.





Unterstützung braucht auch der Profisport in Bayern. Denn viele Vereine sind zum Überleben auf Zuschauereinnahmen angewiesen – doch diese sind durch die Corona-Pandemie nahezu vollständig weggebrochen. **Deshalb habe ich gemeinsam mit meinem Kaufbeurer Kollegen Bernhard Pohl einen Antrag auf den Weg gebracht, in dem wir den Bayerischen Rundfunk bitten, insbesondere während des derzeitigen Lockdowns verstärkt Teamsportwettkämpfe auszustrahlen – vorausgesetzt, dass die Übertragungsrechte noch nicht vergeben sind.** Denn wenn der Gewinneinbruch nicht durch andere Einnahmen kompensiert wird, wird dies absehbar zu einer Pleitewelle führen, die auch vor Traditionsvereinen nicht Halt macht – das gilt es zu verhindern. Der Bayerische Rundfunk kann in dieser Situation mit einer starken Berichterstattung über das bayerische Sportgeschehen ein wichtiger Partner bei der Teilhabe der Menschen an Sportereignissen wie auch der Unterstützung unserer Sportvereine sein.

Wir haben uns erfolgreich gegen eine Einführung der Grundsteuer C innerhalb der Bayernkoalition eingesetzt – und erreicht, dass der Freistaat von der Länderöffnungs-



klausel Gebrauch macht. Eigentum bleibt damit weiterhin gesichert und vor allem wird so den vielen kleinen Grundstücksbesitzern im Freistaat geholfen. Damit lösen wir ein essenzielles Versprechen der FREIE WÄHLER-Fraktion ein: **Mit uns wird es keine Steuererhöhungen geben – auch nicht über den Umweg der Grundsteuer C.** Denn während frühere Koalitionspartner nur große Versprechungen abgegeben haben, halten wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag unsere Zusagen ein.



Wir wollen aber noch an einer anderen Steuerschraube drehen: **Die Bundesregierung hat die Mehrwertsteuer für Bahntickets im Rahmen des Klimapakets von 19 auf sieben Prozent gesenkt – nicht aber für Fernbus-tickets.** Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag machen uns gegen diese Ungleichbehandlung stark – denn auch Fernbusse sind deutlich klimaschonender als der Individual- oder Flugverkehr. Hinzu kommt, dass Fernbusse einen wichtigen Beitrag zur Mobilität im ländlichen Raum leisten: Dort ist der Fernbus, der auch Haltestellen in kleineren Ortschaften bedient, flexibler als die Bahn. Zudem hat die Busbranche im Zuge der Corona-Pandemie massive Einnahmeeinbußen zu verkraften. Deshalb fordern wir die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Fernbusunternehmen genauso wie die Bahn

von einer Steuersenkung profitieren. Nur so können Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden. Sonst wären die privaten Fernbusanbieter im schlimmsten Fall gezwungen, Haltestellen zu streichen, um mit dem Konkurrenten Bahn mithalten zu können. Davon wären in erster Linie weniger stark nachgefragte Haltestellen auf dem Land betroffen. Das aber kann nicht das Ziel sein, wenn wir gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Freistaat erreichen wollen.

Überrascht hat uns in dieser Woche die Opposition – und zwar gleich zweimal: So scheint es, als bräuchten die Sozialdemokraten im Bayerischen Landtag Nachhilfe in Rechtswissenschaften. Denn es besteht ein erheblicher Unterschied, ob der Bayerische Verfassungsgerichtshof ein Gesetz in seiner Gesamtheit für verfassungswidrig erklärt oder nur einige seiner Teile. Deshalb schießt die SPD-Fraktion mit ihrer Forderung nach einer Aufhebung des Bayerischen Integrationsgesetzes weit über das Urteil des VGH hinaus. **Denn tatsächlich hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof nur einige Vorschriften des Integrationsgesetzes für verfassungswidrig erklärt. Alle übrigen Vorschriften sind als verfassungsgemäß bestätigt worden.** In Anerkennung des Urteils sollte die Bereinigung der verfassungswidrigen Gesetzesteile daher Priorität haben. Im Zuge dieser Bereinigung sollte allerdings auch über die Aufnahme einer entsprechenden Evaluierungsklausel nachgedacht werden – schließlich handelt es sich bei dem Bayerischen Integrationsgesetz um ein echtes Novum.



Die AfD ist ihrer Linie in dieser Woche treu geblieben und hat einmal mehr versucht, der Bevölkerung Angst zu machen – vergangenen Dienstag bei der Aktuellen Stunde mit dem Titel »Nächste Krise verhindern, Bevölkerung wirksam schützen – sichere Stromversorgung statt Blackout-Gefahr«. Wie man bei einer solchen Strategie auf das Thema »Versorgungssicherheit« kommen kann, ist uns schleier-

haft. **Die Bundesnetzagentur bestätigt in ihrem fortlaufenden Monitoringbericht, dass Deutschland nicht nur ein sehr hohes Niveau an Versorgungssicherheit aufweist, sondern auch im internationalen Vergleich ganz weit vorn liegt.** So beträgt die durchschnittliche Dauer von Stromausfällen in Deutschland innerhalb eines Jahres nur wenige Minuten. Sowohl Ausstieg aus Kernenergie und Kohleverstromung als auch Ausbau erneuerbarer Energien sind längst eingeplant und darin berücksichtigt. Wir FREIE WÄHLER setzen daher auf eine technologieoffene Energiewende, einen sinnvollen Energie-Mix, ergänzt durch den intelligenten Ausbau der Verteilnetze sowie dezentrale Reservekapazitäten. All diese Maßnahmen garantieren Stabilität, Nachhaltigkeit, Versorgungs-, System- und Netzsicherheit. Bayerns Bürgern empfehlen wir stattdessen: Lassen Sie sich von den Rechten im Landtag nicht verunsichern – denn genau das dürfen sie nicht erreichen.

ALLGÄUER TOURISMUS IN COROANZEITEN – SONTHOFEN

Tourismus und Gastronomie sind von den Einschränkungen der Corona-Maßnahmen besonders betroffen – da ist es keine Wunder, dass sich viele Akteure von der Politik nicht richtig behandelt fühlen. Unserer Allgäuer Europaabgeordneten Ulrike Müller und mir sind die Sorgen des Allgäuer Tourismus von je her sehr wichtig. Beim Bayerischen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger stoße ich zum Glück mit meinen Anliegen für die heimische Tourismuswirtschaft regelmäßig auf offene Ohren. Für den direkten Austausch mit dem Ministerium haben wir diese Woche den Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Roland Weigert (FW) nach Sonthofen



geholt, wo wir gemeinsam mit Landrätin Indra Baier-Müller (FW) und dem Sonthofener Bürgermeister Christian Wilhelm (FW) die Sorgen der Branche mit der Geschäftsführerin der Allgäu Top Hotels, Sybille Wiedenmann, dem DEHOGA-Kreisvorsitzenden Armin Hollweck und dem Immenstädter Hotelier Helmut Schafroth diskutiert haben. Solcher Dialog hilft allen Seiten: Tourismusbranche, regionaler Politik und Landespolitik – nicht zuletzt durch die Erkenntnis, dass wir auch in schwierigen Zeiten alle das Beste wollen...



EINZELHANDEL IN CORONAZEITEN – KEMPTEN

Gemeinsam mit Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert traf ich mich zudem mit Vertretern des Kemptener Einzelhandels und des City-Managements. Gerade angesichts des zu erwartenden zweiten harten Lockdowns waren sich alle versammelten Fachleute einig, dass der Einzelhandel

IMPRESSUM

ALEXANDER HOLD (v.i.Sd.P.) Telefon 0831 9909 3001
Salzstraße 12 alexander.hold@fw-landtag.de
87435 Kempten www.alexander-hold.de

und die innerstädtische Gastronomie nicht Mitursache der Infektionszahlen, sondern ein Teil der Lösung sind. Denn die Abstands- und Hygienekonzepte sind hier so ausgereift und lückenlos, dass das Infektionsrisiko minimal ist. Ein geordnetes Einkaufserlebnis hilft eher, infektionsfördernde Ersatzaktivitäten in unüberwachten Grauzonen zu verhindern. Und in der Schlange vor dem Leberkässtand steckt man sich allemal eher an als in einer Gaststätte, in der nur jeder 3. Tisch besetzt ist... Der Staatssekretär und ich wollen die »Kemptener Perspektive« jedenfalls mitnehmen in die nächsten Kabinetts- bzw. Fraktionssitzungen!



Wir enden mit schönen Nachrichten: **Am 8. Dezember 1970 zog der Parlamentarier Max Streibl als erster Umweltminister in Europa in das bayerische Umweltministerium ein.** Es war damals eine epochale Entscheidung für mehr Umweltbewusstsein. Seitdem ist die Bedeutung des Umweltschutzes weltweit deutlich gestiegen und in Zukunft werden uns vor allem drei Megathemen beschäftigen: Wir wollen den Klimawandel meistern, die Artenvielfalt erhalten und die Wasserversorgung sichern. Dafür arbeiten wir.